

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Herrn F. Klinkhammer
f.klinkhammer@gmx.de
Herrn Volker Bräutigam
v.braeutigam@googlemail.com

Westdeutscher Rundfunk

Appellhofplatz 1 50667 Köln
Telefon +49 (0)221 220 2100
Telefax +49 (0)221 220 772100

Köln, 19. April 2017

Ihr Schreiben vom 12. Februar 2017 zu dem Beitrag *Putin räumt auf* vom 7. Februar 2017 auf tagesschau.de

Sehr geehrter Herr Klinkhammer,
sehr geehrter Herr Bräutigam,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12. Februar 2017 an den Rundfunkrat des NDR. Da der WDR für das ARD-Studio Moskau zuständig ist, hat der NDR Ihre Zuschrift an den WDR-Rundfunkrat weitergeleitet. Ich habe Ihr Schreiben am 24. Februar 2017 von dort erhalten.

Ihr Schreiben werte ich als förmliche Programmbeschwerde im Sinne von § 10 Absatz 2 WDR-Gesetz. Sie tragen vor, schon die Bezeichnung des Beitrages *Putin räumt auf* (tagesschau.de vom 7. Februar 2017) assoziiere einen gewaltsamen Prozess und lasse Putin als „*Rambo*“ erscheinen. Der Beitrag sei nicht mit Fakten belegt und Sie bezeichnen ihn u.a. als „*manipulative Hetze*“. Ihre Vorwürfe können in der Sache als Rüge der Verletzung des Programmgrundsatzes gemäß § 5 Absatz 6 Satz 1 WDR-Gesetz (Sachlichkeit bei der Nachrichtengebung) aufgefasst werden.

Damit einer förmlichen Programmbeschwerde stattgegeben wird, ist es jedoch nicht ausreichend, dass der Beitrag nach Auffassung des Beschwerdeführers oder ggf. des WDR kritikwürdig ist. Es muss vielmehr ein Rechtsverstoß bezogen auf die im WDR-Gesetz vorgeschriebenen Grundsätze für das Programm vorliegen.

Nach eingehender Prüfung auf Basis einer von der Redaktion eingeholten Stellungnahme komme ich zu dem Ergebnis, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen und ich Ihrer Programmbeschwerde daher nicht abhelfen kann.

Es bleibt Ihnen unbenommen, gegen diesen Bescheid den Rundfunkrat des WDR innerhalb eines Monats ab Zugang anzurufen. Dabei hat der WDR-Rundfunkrat, wenn er sich mit der Programmbeschwerde befasst, dieselben rechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen wie der Intendant. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Nachfolgend erläutere ich Ihnen die Gründe für die Abweisung Ihrer Beschwerde:

Es liegen keine Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen den Programmgrundsatz der Sachlichkeit bei der Nachrichtengebung (§ 5 Absatz 6 Satz 1 WDR-Gesetz) vor. Sachlichkeit bei der Nachrichtengebung verlangt einen sachlichen Anknüpfungspunkt, untersagt aber keineswegs eine Einordnung von Geschehnissen durch die Korrespondentinnen und Korrespondenten. Hierbei können diese selbstverständlich auch tatsachenbasiert ihre Einschätzung eines Sachverhalts einbringen.

Mit dem Titel des Beitrags wird lediglich ein konsequentes und entschiedenes Handeln von Präsident Putin beschrieben. Unser Korrespondent Hermann Krause hat dabei unseres Erachtens keinerlei Assoziationen für gewaltsames Handeln geweckt. Er hat den Präsidenten auch nicht als „Rambo“ bezeichnet oder gar – wie Sie ihn interpretieren – Beziehungen zur Stalin-Ära hergestellt. Es ist daher abwegig, Herrn Krause eine manipulative Absicht zu unterstellen.

Im Übrigen wird der Begriff „aufräumen“ auch in der russischen Presse verwendet. So schreibt etwa die Zeitung RBC (RosBusinessConsulting) am 15. Februar 2017, dass in den Regionen „aufgeräumt“ werde, in denen es soziale und wirtschaftliche Probleme gebe. Die Entscheidung sei in der Präsidialverwaltung gefallen, berichtet RBC.

In Burjatien, Karelien, Perm, Nowgorod und Rjasan traten im Februar hintereinander fünf Gouverneure innerhalb einer Woche zurück. Die These, dass die Gouverneure freiwillig gegangen sind, wird auch von dem Radiosender „Echo Moskwj“ angezweifelt. Die Zeitung „Nowaja Gazetta“ schrieb am 15. Februar 2017, dass der Kreml sehr unzufrieden sei mit der Arbeit des Gouverneurs von Karelien. Ihm werde Korruption und Versagen bei dem Unfall eines Schiffes mit Kindern vorgeworfen, und deshalb habe er gehen müssen. Die russische Expertengruppe „Bianka und Partner“ legte dazu am 28. Februar 2017 eine umfangreiche Analyse vor. Danach sind in den ersten beiden Monaten des Jahres 2017 fast drei Viertel so viele Gouverneure ausgewechselt worden wie in den drei Jahren zuvor.

Wenn Hermann Krause dazu schreibt „Über die Motive kann nur spekuliert werden“, tut er dies offen, ebenso wie russische Medien, liefert dazu aber auch eine Erklärung von Putins Sprecher (Stichwort „Erneuerung“).

Dementsprechend sehe ich keinen Verstoß gegen § 5 Absatz 6 Satz 1 WDR-Gesetz.

Mit freundlichen Grüßen

Eva-Maria Michel

in Vertretung des Intendanten